

Wochenkommentar

Diese Überreaktion verrät ein zweifelhaftes Demokratie-Verständnis

Es hätte eine humanitäre Solidaritätsaktion werden sollen: Die Stadt Freiburg spendet einen Franken pro Einwohnerin und Einwohner für die Kinder von Gaza. Linke und grüne Mitglieder des Generalrats verlangten das in einem Postulat. Doch daraus wird nichts, die Stadtregierung erteilte dem Vorschlag eine Absage. Zu Recht.

Als Konsequenz auf diesen Entscheid legten die Generalräte Gérald Collaud (Mitte Links – CSP) und Rana Bassil (SP) ihr Mandat per sofort nieder. Die Antwort des Gemeinderats entbehre jeglicher Menschlichkeit, was unerträglich sei, sagte Collaud tags darauf in den Freiburger Nachrichten. Und Rana Bassil ist als gebürtige Libanesin mit palästinensischen Wurzeln mit dem Nahost-Konflikt persönlich und emotional verbunden. Der sofortige Rücktritt ist trotzdem eine unangemessene Überreaktion.

Unangemessen aus zwei Gründen: Zum einen ist es nicht Aufgabe einer Gemeinde, zu weltpolitischen Belangen Position zu beziehen und sich im Namen

«Sich als Gemeinde in einem Konflikt zu engagieren, scheint Schule zu machen.»

der Einwohnerinnen und Steuerzahler einseitig für die Opfer in einem bestimmten Konflikt zu engagieren. Vielerorts auf der Welt gibt es Unrecht und Menschenrechtsverletzungen, die Solidaritätsaktionen auslösen müssten. Warum also gerade Gaza? Wer ein Zeichen für Menschlichkeit setzen will, kann das via Hilfswerke, NGOs oder in einem persönlichen Ein-

satz tun. Die Kommune ist der falsche Akteur. Und Aussenpolitik ist ohnehin Sache des Bundes.

Mit dem Postulat wurden in Freiburg indes keineswegs neue Wege beschritten. Sich als Gemeinde in einem Konflikt zu engagieren, scheint Schule zu machen. So tut etwa die Stadt Zürich genau das, wovon Freiburg jetzt abieht: Sie unterstützt mit mehreren Hunderttausend Franken an Steuergeldern einseitig die Palästinenser, und zwar das Uno-Hilfswerk UNRWA, dem eine Nähe zur Terrororganisation Hamas vorgeworfen wird. Der umstrittene Vorstoss wurde vom linken Zürcher Stadtparlament gutgeheissen. Die Stadt Bern ihrerseits subventionierte trotz angespannter Finanzlage ein einzelnes ziviles Rettungsschiff im Mittelmeer mit 70'000 Franken und setzte sich damit dem Vorwurf der Parteilichkeit aus.

Der Wunsch, angesichts des Elends konkrete Hilfe zu leisten, ist nachvollziehbar. Und ja, auch der Freiburger Gemeinderat hat beim Ausbruch des Kriegs in der Ukraine 200'000 Franken an Un-

«Die Kommune ist der falsche Akteur. Und Aussenpolitik ist Sache des Bundes.»

terstützung gesprochen. Die Argumentation von Syndic Thierry Steiert ist jedoch nachvollziehbar: Beim russischen Angriffskrieg auf eine europäische Demokratie habe es sich um einen seit dem Zweiten Weltkrieg erstmaligen Tabubruch gehandelt. Dieser sei mit dem seit Jahrzehnten anhaltenden Gaza-Konflikt nicht vergleichbar. Ausserdem wurde ein Gross-

teil des Ukraine-Geldes für Integrationsmassnahmen in Freiburg vorgesehen, was ja wiederum eine ureigene Gemeindeaufgabe ist. Mit Doppelmoral hat das nichts zu tun.

Das Verhalten der beiden Gemeindepärlamentarier Collaud und Bassil ist aber noch aus einem anderen Grund problematisch: Den Bettel nach einem im demokratischen Prozess zustande gekommenen Entscheid hinzuzuerwerfen, zeugt von wenig Respekt für ebendiesen Prozess. Unsere Demokratie basiert auf dem Prinzip der Konkordanz. Ein kompromissloses Verhalten erschwert die Zusammenarbeit unter den verschiedenen politischen Kräften und kann im ungünstigen Fall zur Blockade führen. In einer Zeit, in der politische Landschaften weltweit zunehmend polarisiert sind, kann Unnachgiebigkeit spalten. Putin erklärt liberales Denken, also den Respekt vor der Meinung anderer, für «überholt»; Trump nennt die Opposition und alle, die ihm widersprechen, «unamerikanisch». Auch in der Schweizer Konsensdemokra-

tie ist eine Tendenz zu verhärteten Fronten spürbar. Doch wo kämen wir hin, wenn jede nur weitermacht, wenn sie gewinnt?

Ein gewähltes Ratsmitglied hat vom Volk den Auftrag, Lösungen zu suchen. Es muss den Konflikt aushalten können. Ein starres Festhalten an Maximalforderungen bringt uns nicht weiter. Die Kompromissbereitschaft über Gräben hinweg ermöglicht eine Politik im Interesse der breiten Mehrheit, was wiederum die Akzeptanz in der Bevölkerung erhöht und die politische Stabilität fördert. So verstehen wir hierzulande Demokratie, dazu gilt es Sorge zu tragen. Wer den Hut nimmt, weil ihm oder ihr ein Entscheid nicht behagt, handelt nicht im Sinne des Gemeinwesens.



Marc Lehmann
Publizistischer Leiter FNAG

Moment mal

Die Karwoche – eine besondere Woche liegt vor uns

Die kommende Woche trägt einen besonderen Namen: Karwoche. Der Name kommt vom altdutschen Wort «kara» = «Trauer, Kummer». Wörtlich übersetzt also eine «Trauerwoche» mit dem Höhepunkt am Karfreitag, dem «Trauerfreitag», an dem wir des Todes Jesu gedenken. Im Englischen wird die kommende Woche als «Holy Week» bezeichnet (wörtlich «heilige Woche»), ein Name, der mir persönlich eher zusagt. Denn diese Woche bringt nicht nur Trauer und Leid mit sich, sondern auch schöne und heilige Elemente, namentlich das Letzte Abendmahl am Gründonnerstag. Wobei auch dieser Begriff aus dem Altdutschen abgeleitet ist: Das Wort «greinen» bedeutet «weinen» und hat nichts mit der Farbe Grün zu tun. An diesem Tag

«Denn diese Woche bringt nicht nur Trauer und Leid mit sich, sondern auch schöne und heilige Elemente, namentlich das letzte Abendmahl.»

«Es sei aber daran erinnert: Ohne den Tod von Jesus gäbe es keine Auferstehung – ohne Karfreitag gäbe es kein Ostern.»

erinnern sich Gläubige auf der ganzen Welt daran, dass Jesus beim Letzten Abendmahl das Brot nahm, es brach und sagte, «Das ist mein Leib für euch». Jesus hat uns die Eucharistie geschenkt, wir dürfen ihn in jeder Heiligen Messe in der Kommunion empfangen. Machen wir uns dies immer wieder bewusst, insbesondere wenn wir an Ostern in den Gottesdienst gehen: Die Hostie, die wir empfangen dürfen, ist nicht nur Brot, sondern Leib Christi – Jesus selbst kommt zu uns.

Und nach dem Gründonnerstag kommt der Karfreitag – in unserer Region ein arbeitsfreier Tag. Es ist schön, einen freien Frühlingstag zu haben und ihn bei hoffentlich gutem Wetter in der Natur zu verbringen. Gleichzeitig handelt es sich dabei nicht einfach um irgendei-

nen Tag, sondern um den Tag des Todes Jesu. So wie wir den jährlichen Todestag eines geliebten Menschen ehren und als Familie zusammenkommen, lassen Sie uns auch den Karfreitag ehren. Den Tag etwas ruhiger gestalten – vielleicht kurz in eine Kirche, Kapelle oder Grotte gehen und an den Kreuzestod Jesu denken. Fünf Minuten genügen. Doch wenn Sie mehr Zeit haben: wieso nicht einen Gottesdienst besuchen? Ich höre oft von Gläubigen: «Nein, den Karfreitag mag ich nicht – aber ich komme an Ostern in den Gottesdienst, wenn wir die Auferstehung feiern.» Es ist richtig: Ein festlicher Ostergottesdienst ist fröhlicher und schöner als die Passionsgeschichte vom Karfreitag. Es sei aber daran erinnert: Ohne den Tod von Jesus gäbe es keine Auferstehung – ohne Karfreitag gäbe es kein Ostern. Deshalb sind wir dazu eingeladen, an Karfreitag gemeinsam der Passion Jesu zu gedenken, um dann an Ostern – ebenfalls gemeinsam – fröhlich die Auferstehung zu feiern. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine gesegnete Karwoche!



Jan Bartelsen

Jan Bartelsen ist Theologe und Pfarreiseelsorger in der Seelsorgeeinheit Sense-Oberland

Karma zur Woche

